



Bahnhof Olten: Politiker aller Parteien wollen für die Bahn-Infrastruktur im Mittelland vier Milliarden Franken mehr

FOTO: REMOTE

Neue Allianz für Bahnmilliarden

Politiker von der SP bis zur SVP fordern Aufstockung des Bahn-2000-Kredits

VON DENIS VON BURG
UND CHRISTOPH LAUENER

BERN Monatlang waren die Fronten unverrückbar. Die Kantone verlangen einen Ausbau der Bahnverbindungen im Mittelland – zweite Etappe der Bahn 2000 –, der weit über die Pläne des Bundes hinausgeht. Im Bundesrat und im eidgenössischen Parlament gab es aber weit und breit keine Mehrheit für solche Pläne und die damit verbundene Aufstockung des Kreditrahmens um vier auf neun Milliarden Franken.

Doch unter dem Druck der Kantone und der sich abzeichnenden Verteilungskämpfe hat sich jetzt im Parlament eine Parteienallianz, inklusive der bahnkritischen SVP, für eine Aufstockung des Kredites gebildet. Erstmals besteht ein breiter Konsens, dass mehr Geld in die Bahn 2000 gesteckt werden muss.

Übernächste Woche treffen sich führende Verkehrspolitiker aus allen Parteien und wollen Finanzierungsmodelle besprechen. Mit dabei sind unter anderen die Nationalräte Jacqueline Fehr (SP, Zürich), Rolf Hegetschweiler (FDP, Zürich), Urs Bernhards-

grütter (Grüne, St. Gallen), André Bugnon (SVP, Waadt) und der Präsident der Verkehrskommission Franz Brun (CVP, Luzern).

Die Parlamentarier wollen rund vier Milliarden Franken zusätzlich in den so genannten FinÖV-Fonds leiten. Aus diesem wird der Ausbau der Schweizer Bahninfrastruktur finanziert. Weil die Neat an Gotthard und Lötschberg im-

mer teurer wird, stehen derzeit nur noch etwa fünf Milliarden Franken für Angebotsverbesserungen zwischen den Zentren des Mittellandes zur Verfügung (siehe Kasten). Für die weiteren von den Kantonen geforderten Projekte (siehe Karte) fehlen rund vier Milliarden Franken. Dafür will die Parlamentariergruppe vier Finanzierungsmodelle prüfen:

► Die SP hat vorgeschlagen, eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffe einzuführen und einen Teil davon für den Bahnausbau zu verwenden. Das Problem: Die CO₂-Abgabe ist in den bürgerlichen Parteien sehr umstritten (siehe Seite 7).
► Der Fonds wird aus Strassenabgaben finanziert. Solange an der teuren Neat gebaut wird, gewährt der Bund aber Vorschüsse. Diese

könnten erhöht werden. Finanzminister Merz hat aber bereits vor weiteren Bundesschulden gewarnt. ► Die Bundesvorschüsse könnten später und langsamer zurückgezahlt werden. Verkehrsminister Leuenberger hat das dem Bundesrat schon einmal vorgeschlagen, ist damit aber aufgelaufen.

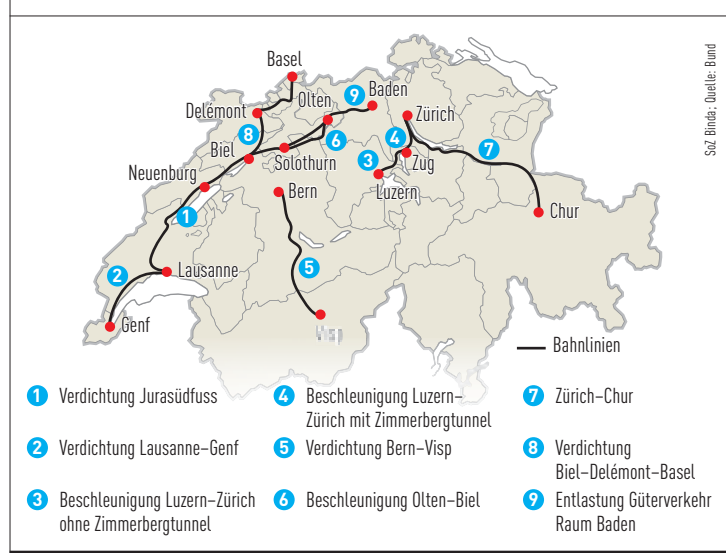
Neu in der Diskussion: Die Kantone sollen das Geld dem Fonds vorschiesen. Vorteil: Es braucht keine neuen Geldquellen. Das Problem: Das Parlament kann eine solche Lösung nicht ohne die Kantone beschliessen.

«Die Aufstockung ist nicht mehr nur ein linkes Anliegen»

Die Allianz für mehr Bahnmilliarden ist stark. Sie hat sich als Ausschuss von über 50 National- und Ständeräten gebildet, die letzten Montag auf Einladung der SP das Finanzierungsproblem erstmals erörtert haben. Jacqueline Fehr ist überzeugt: «Wir haben eine neue Situation. Es hat eine Wende stattgefunden. Eine Aufstockung der Bahnkredite ist kein linkes Anliegen mehr. Sie erhält Unterstützung bis weit ins bürgerliche Lager.»

MEHR ZUM THEMA SEITE 21

WICHTIGE PROJEKTE



DAS WIRD GEBAU T

Mit **28 Projekten** in fast allen Landesgegenden soll die Infrastruktur der Schweizer Bahnen weiter ausgebaut werden. Das Projekt hiess einst Bahn 2000, 2. Etappe; nun heisst es **ZEB** (Zukünftige Entwicklung Eisenbahninfrastruktur). Die grössten Brocken sind der **Korridor Olten-Zürich-Basel** (2 Mrd), die Strecke **Zürich-Winterthur-Bodensee** (800 Mio), die **Nord-Süd-Achse** (700 Mio), das Dreieck **Lausanne-Biel-Bern** (500 Mio) und der Anteil am **Durchmesserbahnhof Zürich** (300 Mio Franken).

Bundesanwalt: Starke Konkurrenten abgeblitzt

Mitarbeiter wollten Michel-André Fels – Werner-K.-Rey-Jäger Beat Schnell scheiterte mit neuem Konzept

BERN Die Ernennung des St. Galler Staatsanwalts Erwin Beyeler zum obersten Ankläger stösst in der Bundesanwaltschaft auf mässige Begeisterung. Viele Mitarbeiter hätten sich eine Wahl des interimistischen Leiters Michel-André Fels gewünscht. «Ihm ist es nach dem Abgang von Valentin Roschacher gelungen, ein motivierendes Arbeitsklima zu schaffen», sagt ein Insider. Anders als Beyeler verfüge Fels über Erfahrung in grenzüberschreitenden Kriminalfällen.

In der Ausmarchung gescheitert ist auch der Berner Staatsanwalt Beat Schnell, der mit klaren Vorstellungen über die künftige Bundesanwaltschaft angetreten war. Schnell gilt als hartnäckiger Ermittler. In einem aufwändigen Verfahren hatte er Ende der Neunzigerjahre den Milliardenpleitier Werner K. Rey vor Gericht und hinter Gitter gebracht.

Seiner Bewerbung legte Schnell ein Konzept für eine künftige Bundesanwaltschaft bei. Zudem

veröffentlicht er kommende Woche das Buch «Wirtschaftskriminalität – Eine Buchstabensuppe, die Sie zum Kochen bringt». Darin warnt er davor, das Ahnden von Wirtschaftsdelikten zu vernachlässigen, und regt organisatorische Verbesserungen und gesetzliche Verschärfungen an.

Im Konzept zuhanden von Justizminister Blocher verlangte er folgende Neuausrichtungen:
► Statt Ressourcen für die Verfolgung des «Phantoms Terroris-

mus in der Schweiz» zu verschwenden, soll der Wirtschaftskriminalität Priorität eingeräumt werden.

► Die Bundesanwaltschaft muss in der Lage sein, grosse Wirtschaftsfälle zu übernehmen, wenn sie von den Kantonen darum ersucht wird. Eine internationale Dimension des Falls soll keine Bedingung mehr sein. «Die Swissair-Untersuchung wäre ein klarer Fall für die Bundesanwaltschaft gewesen», sagt Schnell.

► Ermittlungen sollen professionalisiert werden, indem sie durch fallspezifisch zusammengesetzte Teams geführt werden, für die auch private Experten – zum Beispiel Wirtschaftsprüfer – engagiert werden können. Ziel sind kürzere Ermittlungen.

Ob Schnell an seinen Forderungen gescheitert ist, mag er nicht kommentieren. Seine Absage hat er am Donnerstag ohne weitere Begründung erhalten.

PETER JOHANNES MEIER

DE WECK

Die Stimme Europas

Der Publizist Roger de Weck über ein gutes G-8-Treffen



Ein erstarkendes Europa und ein geschwächtes Amerika. Eine faktische Allianz zwischen den Demonstranten und den beiden Konservativen Angela Merkel und Nicolas Sarkozy, um Vorgaben zur Verringerung des CO₂-Ausstosses festzulegen. Ein Kremlherr, der erstmals seit 1945 eine Zusammenarbeit zwischen russischem und amerikanischem Militär vorschlägt, um gemeinsam iranische Raketen abzufangen. Eine Männerrunde, in der die Frau – die Kanzlerin – das Machtspiel lenkte: Die G-8-Konferenz entsprach nicht dem Klischee solcher Gipfel. Heiligendamm war nützlich.

Gewiss, der Rahmen ist unschön. Ein Ostseebad verwandelt sich in eine Festung. Gross- und Mittelmächte beraten sich an den anderen Ländern vorbei, wobei die Zusammensetzung anachronistisch ist: Warum gilt Kanada mehr als Brasilien, Italien mehr als Indien?

Zugleich logisch und weltfremd sind diese Einwände.

Wo immer sich die G-8 treffen mögen, und seis auf hoher See – jedes Mal wird es an einem Sammelort Krawall geben. Und was auch immer gegen ein globales Direktorium spricht – Weltpolitik ist Realpolitik: Bis auf weiteres ist kein anderes Gremium in der Lage, dermassen Druck auf George W. Bush aufzusetzen, dass er in der Klimapolitik einen halbherzigen Schritt in die halbbrichtige Richtung tut. Immerhin!

Dieser Erfolg ist der Autorität von Merkel und dem Autoritätsverlust von Bush zu verdanken, aber auch dem Nachdruck der Globalisierungskritiker von Al Gore bis zu den Abertausenden, die an die Ostsee gezogen waren. In ihrer stets vorsichtigen Sprache würdigte das die Gastgeberin: Der «grösste Teil der Demonstranten» sei «konstruktiv» und errege «ein Höchstmass an Aufmerksamkeit für die Chancen und damit verbundenen Risiken» der Globalisierung.

Naivität ist nicht angesagt,

Welten trennen viele G-8-Kritiker von Merkel und Sarkozy, der in der Klimapolitik seine deutsche Kollegin nicht ohne Hintergedanken stützt, setzt er doch vollends auf die (gar nicht so saubere) Atomkraft. Trotzdem verwischten ein Stück weit die Fronten. Und dann wird Politik jeweils besonders kreativ, weil sich Gestaltungsspielräume eröffnen.

Weder «Unheilgendamm» noch ganz und gar «Scheinheilgendamm» war die G-8, an der Europa nach Jahren wieder eine Stimme hatte, eine Frauenstimme: die von Angela Merkel.